

Beschlussergebnis zum Tagesordnungspunkt:

Antrag der Gruppe X vom 28.07.2010: Beabsichtigte Verlängerung der Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke

öffentliche Kreistagssitzung am 23.09.2010

TOP 4.3

Der Kreistag kritisiert aufs Schärfste das von der derzeitigen Bundesregierung vorgelegte Energiekonzept. Die beabsichtigte Verlängerung der Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke auf Regellaufzeiten bis über 40 Jahren ist unverantwortlich und gefährdet die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

Der Kreistag fordert die Bundesregierung auf, das deutliche Votum der Mehrheit der deutschen Bevölkerung ernst zu nehmen und den Ausstieg aus der völlig veralteten Technologie der Atomenergienutzung erheblich zu beschleunigen.

Der Kreistag fordert das Ministerium für Reaktorsicherheit auf, für die unverzügliche Sicherung der Atommeiler gegen Flugzeugabstürze und Terrorangriffe zu sorgen.

Der Kreistag appelliert an die Bundesregierung und den deutschen Bundestag, dem derzeitigen Energiekonzept nicht zuzustimmen, sondern vielmehr ein Energiekonzept auszuarbeiten, welches dezentrale kommunale und private Investitionen im Energiesektor stärkt und den Umbau zu einer klimaschonenden umweltfreundlichen und erneuerbaren Energiegewinnung beschleunigt.

Der Kreistag fordert die niedersächsische Landesregierung auf, die Beteiligung des Bundesrates bei einer Verlängerung der Restlaufzeiten deutscher Atomkraftwerke einzufordern, weil fundamentale Interessen der Kommunen, Landkreise und des Landes bei einer solchen Entscheidung berührt sind.

Der Kreistag macht darauf aufmerksam, dass der langfristige Verbleib atomarer Abfälle weltweit ungeklärt ist und es eine endgültige verantwortbare „Entsorgung“ nie geben wird. Wer sich vor diesem Hintergrund für die weitere Produktion dieser Abfälle einsetzt, trägt die alleinige Verantwortung für die unabsehbaren Folgen.

Begründung:

Jeder Weiterbetrieb von Atomkraftwerken blockiert kommunale und private Investitionen im Bereich erneuerbarer Energien und dient somit nicht dem Gemeinwohl, sondern lediglich den Interessen einiger weniger Energiekonzerne, ihre Monopolstellung und Marktführerschaft auszubauen.

Ein Weiterbetrieb deutscher Atomkraftwerke weit über international übliche Regellaufzeiten hinaus gefährdet auch die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung im weiten Umkreis von Atomkraftwerken.

Der langfristige Verbleib des atomaren Mülls ist nicht nur völlig ungeklärt, sondern schafft neue Gefahren für die Bevölkerung. Alle bisher gemachten Einlagerungsversuche sind havariert, bedrohen die kostbaren Trinkwasservorkommen Niedersachsens und generieren unabsehbare Folgekosten der öffentlichen Hand.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen